

# Pulsnitzer Tageblatt

ersprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz  
Bezirksanzeiger  
Postkonto Dresden 2138, Giro-Konto 145

Wochenblatt  
Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz im  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Erscheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0.85 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in 100: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmaß 14) 1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm 30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp. Tabellarischer Satz 50% Zuschlag. — Bei zwangsweiser Eingehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelandet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Rechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großböhndorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friebersdorf, Ehemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. F. Bräker & Erben (Jng. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 275

Montag, den 26. November 1928

80. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

### Hundesperre

Die aus Anlaß des Tollwutfalles in Drißfur Ruckau, Ostro und Panschwitz mit Bekanntmachung vom 28. August 1928 verhängte Hundesperre wird mit Wirkung vom 28. November 1928 aufgehoben für die Stadt Ramenz, die Gemeinden Bernbruch, Bischheim, Dobra, Gelenau, Gersdorf, Göblau, Hauswalde, Hengersdorf, Jesau, Kündlich, Lückersdorf, Müllrich, Mühsdorf, Niedersteina, Obersteina, Dhorn, Rauschwitz, Schiebel, Wiesa, Wohla und Zichornau. Nachdem am 7. Oktober 1928 bei einem in Jehnis, Amtshauptmannschaft Bautzen erschlagenen Hunde Tollwut amtlich festgestellt worden ist, bleibt die Hundesperre fortbestehen

unter dem in der Bekanntmachung vom 28. Oktober 1928 getroffenen Maßnahmen in der Stadt Elstra, den Gemeinden Aushkows, Bocka, Cannewitz, Caserls, Crostwitz, Cunnewitz, Deutschaßels, Dürwicknis, Glandnis, Gränze, Höflein, Jorka, Jauer, Jiedlis, Kackwitz, Kleinböhndorf, Kriepitz, Ruckau, Laske, Lehndorf, Müllitz, Naußlitz, Nebelschütz, Neußädte, Rucknis, Ostro, Panschwitz, Piskowitz, Prietitz, Räckelwitz, Rabitz, Rosenthal, Säuritz, Schmeckwitz, Schmerlitz, Schöndau, Schweinerden, Steblitz, Tschafschwitz, Wendischbajelsitz und Zerna.

Ramenz, am 26. November 1928.

Die Amtshauptmannschaft. Der Stadtrat.

## Das Wichtigste

Die deutsche Reparationsdebatte ist in Paris und London überreicht worden. Im Ruhrgebiet vermehrt sich von Tag zu Tag die Unsicherheit infolge Ueberfällen usw. Wie aus Moskau gemeldet wird, werden die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen aus technischen Gründen nicht am 26., sondern am 28. November in Moskau ihren Anfang nehmen. Rechtsanwalt Dr. Bauer ist nach einem 20-tägigen Ritt von Göttingen über Innsbruck in Rom eingetroffen. Dr. Bauer hat bereits im Mai ds. Js. einen Ritt Stuttgart-Paris zurückgelegt.

## Politischer Wochenrückblick

Auslandsdebatte zur Stresemann-Rede. — Vom innenpolitischen Nachkriegsstand. — Bayerns nationale Bedeutung als Grenzmarkt.

Der Widerhall der Stresemann-Rede über die außenpolitische Lage im Reichstage hat im allgemeinen keinen neuen Klang in das europäische Konzert gebracht. Man möchte sagen, daß die Auswirkung nach bewährtem Muster vor sich ging. So maßvoll auch Dr. Stresemann die wahrlich berechtigten Forderungen des gewiß ehrlichen Partners Deutschland zu Gehör brachte, so sehr gerade seine Forderung von einem Rückschlag in der von uns befolgten Politik die Gegenseite zu endlicher Besinnung hätte bringen müssen, so sehr enttäuscht doch, was man aus London und Paris zurückhallen hört.

Englands Haltung ist, wie sie bisher immer war! Bezüglich der Hauptforderung Dr. Stresemanns auf alsbaldige Räumung des gesamten besetzten Gebietes ohne weitere Gegenleistungen finanzieller Art fehlte es zunächst nicht an englischer Zustimmung. Man konnte hören, daß Deutschland das Recht habe, zu fragen, was Locarno bedeute, wenn es nicht neue und bessere Garantien schaffe, als sie die Befestigung des deutschen Gebietes darstellt. Locarno — moralische Verpflichtung Frankreichs wie Großbritanniens! Locarno — der stärkste Faktor für eine Rheinandräumung!

Die neueste Lesart ist anders! Wahrscheinlich auf Weisung des englischen auswärtigen Amtes ist die englische Presse auf schärfste Tonart gestimmt, und es zeigt sich deutlich, daß man in London der französischen Forderung auf Verbindung von Räumung und Reparation im Endeffekt kaum ernsthaften Widerstand entgegensehen wird. Man marschiert wieder einmal in London und Paris getrennt, wird aber vereint schlagen!

Paris zeigte — mit geringen Ausnahmen — von vornherein unerschütterlich die kalte Schulter! Die These der bedingungslosen Rheinandräumung sei vom französischen Standpunkt aus unannehmbar. — Rheinandräumung das Pfand für die Reparationen und Garantie für Durchführung der Verträge. Man habe durchaus den Anspruch, die Rheinandräumung gegen ein Reparationsystem auszutauschen, das keinerlei Verminderung der im Jahre 1924 festgesetzten Zahlungen in sich schließt! Dazwischen klingt auf glatte Verzichtsforderung auf weitere Verhandlungen!

Demgegenüber das von Dr. Stresemann betonte, vom Reichstage nach Ablehnung des Mißtrauensvotums gebilligte Festhalten am Locarnovertrag! Wenn ein unabhängiger Sachverständigenausschuß Anzahl und Höhe der deutschen Jahreszahlungen und Anpassung des Dawesplanes an so geschaffene neue und hoffentlich endgültige Regelung festsetzen wird, so bedeutet diese Anpassung an eine Forderung Dr. Stresemanns immerhin einen Fortschritt, doch darf aus Räumung und Zahlungsregelung dies mal kein für Deutschland abträglicher Geschäft werden! Wir haben genug geblutet!

Eine Nachricht kommt aus Rußland, die die im vorigen Jahre ausgetragenen Kämpfe zwischen Stalin, dem jetzigen Machthaber im Sowjetstaate, und Trozki, dem Schöpfer der Roten Armee, wieder in die Erinnerung bringt. Der Oberkommandierende dieser Roten Armee, Woroschilow,

## Die Richtlinien der volksparteilichen Politik

Stresemann bleibt Führer der Partei — Einmütigkeit der Landesvertreter

Die französische Presse zur Regelung der Reparationsfrage — Das Schulschiff „Pommern“ im Sinken — Admiral Scheer gestorben

Berlin. In der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei im Reichstag wurde auf Vorschlag des stellvertretenden Versammlungsleiters, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, durch Juraus Reichsminister Dr. Stresemann einstimmig zum ersten Vorsitzenden des Zentralvorstandes und damit der Partei wiedergewählt.

In den Parteivorstand, dem als Mitglieder der Parteivorstände Dr. Stresemann, die Vorsitzenden der Fraktionen im Reichstag, im Preussischen Landtag und der Gruppe im Staatsrat, Dr. Scholz, Stendel und Dr. Jarres, sowie der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses angehören, wurden gewählt: Dauch-Hamburg, Sembel-Lüdenscheid, Dr. Kalle-Frankfurt a. Main, Frau Rende-Berlin, Dr. Moldenhauer-Köln, Dr. von Stauß und Thiel-Berlin.

Als erster Redner führte Landtagsabgeordneter Stendel u. a. aus: Die preussische Landtagsfraktion stehe einmütig auf dem Standpunkt, daß sie

### die Große Koalition in Preußen

wolle, wenn sie unter tragbaren Bedingungen zu haben wäre. Die Deutsche Volkspartei werde die Entwicklung im Reich abwarten und zu gegebener Zeit ihren Einfluß einsetzen, um zu einer Regierungserweiterung auch in Preußen zu kommen.

### Die Volkspartei wolle kein Konkordat,

sondern eine Vereinbarung. Geistliche müßten die deutsche Reichs- oder eine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Schulfragen dürften nicht Gegenstand von Vereinbarungen werden. Die Verfassung kenne deutsche Elternrechte, aber nicht Rechte einer außerdeutschen Macht.

Im Namen der Ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft der Partei begründete Schwendy-Breslau eine Entschliebung, in der von der Partei eine Initiative in den Fragen der Verfassungs- und Verwaltungsreform, der Fürsorge für den deutschen Osten, der Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik gewünscht wird.

Dr. Jäncke-Hannover betonte, der Reichsbankpräsident müsse bei den kommenden Reparationsverhandlungen eine größere Unterstützung durch die deutsche Öffentlichkeit finden. Tatsächlich werde Frankreich immer reicher und reicher. Um so weniger wäre es zu rechtfertigen, daß aus Deutschland mehr herausgepreßt wird, als es leisten kann.

### Die Transferklausel müsse unbedingt aufrechterhalten werden.

Der Redner erklärte, er sei nicht grundsätzlicher Gegner der Großen Koalition; aber die zu anderen Parteien bestehenden großen grundsätzlichen Gegensätze dürften nicht verschleiert, sondern müßten ausgekämpft werden.

Röse-Reihe verlangte eine energisere Bekämpfung der Kriegsschuldfrage. Major a. D. v. Gilsa erstattete in seiner Eigenschaft als Verbindungsmann des „Stahlhelm“ Bericht über die letzten Verhandlungen mit dieser Organisation. Er führte aus: Der

### Austritt der Abgeordneten aus dem „Stahlhelm“

war richtig, aber ebenso richtig war es, daß unsere Parteimitglieder im Lande im „Stahlhelm“ bleiben unter der Voraussetzung, daß sie dafür sorgen, daß der „Stahlhelm“ ein Verhalten an den Tag legt, das sich mit unserer Parteizugehörigkeit vereinbaren läßt. — Abg. Dr. Kriege begrüßte im Auftrage der ostdeutschen Arbeitsgemeinschaft die Entschliebung zur Konkordatsfrage. Die Landtagsfraktion wisse sehr wohl, daß ihr bei den Verhandlungen über den Eintritt in die preussische Regierung diese klare Stellungnahme zur Konkordatsfrage große Schwierigkeiten machen werde; sie würde aber unter keinen Umständen für zwei Minister ihre Gewissen verkaufen.

Damit war die Aussprache über die politische Lage beendet. Einstimmig angenommen wurde eine

### Entschliebung zur Außenpolitik,

in der es u. a. heißt: Wir bekennen uns zu der Politik, die zum Abbruch des Ruhestampfes, zu der Verständigung über die Schuldenregelung, zu den Abmachungen von Locarno, dem Eintritt in den Völkerverbund und zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes geführt hat. Wir haben mit Bewußtsein eine Politik begrüßt, die durch diese Vertragswerke zugleich die Verbindung mit dem finanziell mächtigsten Volk der Welt angebahnt hat, ohne dessen Mitwirkung der Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre. Folgerichtig hat die Verständigungspolitik zu den

### Abmachungen von Locarno

geführt. Wir sehen als das Wichtigste in dem Locarno-Abkommen an die Sicherheit an deutschen Rhein und die Verhinderung der Fortsetzung der französischen Rheinpolitik gegenüber Deutschland. Wir bedauern, daß die Auswirkungen des Vertrages von der Gegenseite nur zögernd und widerwillig wie bei der Festsetzung der Truppenzahl erfolgt sind. Wir anerkennen, daß die frühere Behauptung, der Termin der Rheinandräumung habe noch nicht zu laufen angefangen, aufgegeben worden ist, und daß man ferner die Aufrechterhaltung der Besatzung nicht mehr mit Gründen der Sicherheit begründet.

## Die französische Presse zur Regelung der Reparationsfrage

Paris, 26. November. Die Vorverhandlungen zur endgültigen Regelung der Reparationen bilden nach wie vor Gegenstand ausführlicher Betrachtungen der französischen Blätter. In führenden Zeitungen wiederholt sich dabei die bereits am Freitag vom „Temps“ vertretene Ansicht, daß die letzte deutsche Denkschrift den Weg für den Zusammentritt der Sachverständigen nicht verschlossen habe. So meint der „Matin“, das deutsche Dokument habe einfach den Zweck, zu vermeiden, daß gewisse Punkte schon vor der Erörterung der Sachverständigen als von vornherein angenommen erscheinen. Das Blatt glaubt, daß nach Bekanntgabe der Note in Paris wie London der Eindruck herrsche, daß dadurch der geplanten Sachverständigenkommission keine ersten Schwierigkeiten im Wege stehen. Wenn die Regierungen noch nicht formal auf die Forderungen des Reiches geantwortet hätten, so werde diese Antwort doch nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

## Schulschiff „Pommern“ im Sinken

London, 26. November. Wie der „Montag“ aus London meldet, ist, nach einer Radiomeldung, die in Plymouth aufgefangen wurde, das deutsche Schulschiff „Pommern“ 25 Seemeilen westlich von Guernsey Beck geworden und befindet sich in sinkendem Zustande. Mehrere Handelsschiffe liegen Langseits. Die „Pommern“ hatte 80 deutsche Kadetten an Bord, 40 von ihnen sind bereits von einem deutschen Schiff übernommen worden. Das englische Kriegsschiff „Adventure“ hat Befehl erhalten, auf die Unfallstelle zuzuhalten und Hilfe zu leisten. Ein Minenleger, der sich auf der Fahrt von Portland nach Devonport befindet, ist von der Admiralität beordert worden, gleichfalls Hilfe zu leisten. — Bereits am Sonnabend nachmittag meldete, wie der „Montag“ berichtet, die „Galicia“, die sich auf der Fahrt nach Westindien befindet, daß das Schulschiff „Pommern“ in Seenot sei und im Sturm zwei Masten verloren habe. Die „Galicia“ eilte dem deutschen Schiff zu Hilfe und auch andere Schiffe steuerten auf die Unglücksstelle zu.

